

## **Schreiben des Europäischen Gewerkschaftsbundes an die Spitzen der EU**

<https://www.etuc.org/en/document/joint-etuc-perc-ituc-letter-ukraine-sent-eu-leaders>

Sehr geehrte Frau Präsidentin von der Leyen,

Sehr geehrter Herr Präsident Michel,

Sehr geehrter Hoher Vertreter Borrell,

Sehr geehrter Herr Präsident Metsola,

wir begrüßen die jüngste Entscheidung, der Ukraine den Status eines EU-Kandidaten zu verleihen. Dies ist ein lang gehegter Wunsch der ukrainischen Arbeitnehmer, die in der Revolution der Würde standen und nun ihr Leben, ihre Gesundheit und ihr Wohlergehen im Kampf für Demokratie und Souveränität gegen die russische Aggression opfern.

Vom ersten Tag des Krieges an beteiligten sich die ukrainischen Gewerkschaften an den nationalen Anstrengungen zur Bekämpfung der Aggression, aber auch zur Bewältigung der dadurch ausgelösten humanitären Krise. In den Einrichtungen und Büros der Gewerkschaften sind derzeit Zehntausende von Binnenflüchtlingen untergebracht, und die Gewerkschaftsaktivisten koordinieren die materielle Hilfe für die Bedürftigen und die Organisation von Lieferungen lebenswichtiger Güter und Produkte. Die ukrainische Gesellschaft hat sich angesichts der Invasion zusammengerauft.

Wir bedauern jedoch, dass die Regierung und die regierende Partei in der Ukraine diese gemeinsamen Bemühungen nicht immer respektieren. Auch wenn der europäische Weg, den die Ukraine einschlägt, außer Frage steht, deuten die jüngsten Entwicklungen darauf hin, dass die Regierung und die Mehrheitspartei in der Rada die Werte der EU in Bezug auf den sozialen Dialog und die sozialen Rechte weiterhin ablehnen.

Erstens waren wir schockiert, als wir erfuhren, dass die Rada (*Rada: das ukrainische Parlament ... die Redaktion*) beschlossen hat, mehrere von Mitgliedern der Regierungspartei ausgearbeitete Gesetzesentwürfe zu prüfen. Der schrecklichste davon ist der Gesetzesentwurf 5371 über Änderungen bestimmter Gesetze zur Vereinfachung der Regelung der Arbeitsbeziehungen für kleine und mittlere Unternehmen, der die Arbeitnehmer in Organisationen mit weniger als 250 Beschäftigten

diskriminieren und ihnen den Arbeitsschutz, einschließlich der kollektiven Arbeitsrechte, vorenthalten würde.

Trotz der Tatsache, dass dieser Entwurf bereits lange vor Kriegsbeginn von Experten, u.a. von der IAO, negativ beurteilt worden war, hat eine Gruppe von Parlamentsabgeordneten ihn wieder aufgegriffen. Die Arbeitnehmer in der Ukraine gehören zu denjenigen, die am stärksten von der russischen Aggression betroffen sind. Nach Schätzungen der IAO sind bereits 4,8 Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen, und diese Zahl könnte sich noch auf 7 Millionen erhöhen. Außerdem schränkt das ukrainische Gesetz über das Kriegsrecht die Rechte der Arbeitnehmer bereits stark ein, obwohl diese Einschränkungen eindeutig zeitlich begrenzt sind.

Wir sind sehr besorgt über die regressiven Arbeitsreformen, die nach dem Ende des Kriegszustands fortgesetzt werden und die den Grundsätzen und Werten der EU zuwiderlaufen. Die Ukraine braucht Einigkeit für den nationalen Wiederaufbauprozess, der auch die Wiederbelebung der Arbeitsbeziehungen des Landes erfordert, einschließlich einer umfassenden Überarbeitung des Arbeitsrechts: Soweit wir wissen, soll innerhalb eines Jahres ein neues Arbeitsgesetzbuch entwickelt werden. Die heutige Verabschiedung eines höchst umstrittenen Gesetzes wird nicht zu diesem Ziel beitragen, sondern es im Gegenteil unterminieren.

Der Gesetzentwurf 5371 sollte abgelehnt werden, und wir erwarten, dass die EU dies dem Parlament, der Regierung und dem Präsidenten der Ukraine im Rahmen des Beitrittsverfahrens deutlich macht. Allein die Tatsache, dass er diskutiert wird, sendet ein falsches Signal über die Absichten der Ukraine als Staat, nicht nur die Werte der Europäischen Union zu respektieren, einschließlich der Grundsätze der Nichtdiskriminierung und des sozialen Dialogs, sondern auch die Verpflichtungen aus den ratifizierten Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation.

Zweitens haben wir erfahren, dass die ukrainische Regierung einen Plan für den Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg ausgearbeitet hat. Wir wissen die führende Rolle der Europäischen Union bei dieser gigantischen Aufgabe sehr zu schätzen und erwarten, dass sich der Wiederaufbau nicht auf die Wiederherstellung von Gebäuden, Unternehmen und der Verkehrsinfrastruktur beschränkt, sondern eine umfassende Überprüfung aller Aspekte der Funktionsweise der Ukraine als Staat beinhaltet. Dies ist eine einmalige Chance für das Land, Demokratie und Freiheit, eine soziale Marktwirtschaft und das Wohlergehen der Menschen aufzubauen und ihre Rechte zu garantieren. Wir sind bereit, zu dieser Aufgabe beizutragen, die auch die Integration der Ukraine in die Europäische Union leiten sollte.

Wir bedauern jedoch, dass die Regierung bisher nicht die Absicht hat, die

Sozialpartner in die Entwicklung des Wiederaufbauprojekts einzubeziehen. Weder repräsentative Gewerkschaftsorganisationen noch nationale Arbeitgeberverbände waren an einer der eingerichteten Arbeitsgruppen beteiligt, obwohl Arbeitnehmer und Unternehmen eine Schlüsselrolle im Wiederaufbauprozess spielen werden. Wir bedauern auch, dass keine Sozialpartner aus der Ukraine am jüngsten Lugano-Prozess beteiligt waren. Es ist eine bewusste Entscheidung der ukrainischen Regierung, repräsentative Sozialpartner zu ignorieren und nur zivilgesellschaftliche Organisationen ihrer Wahl einzubeziehen[1].

Wir halten es für unabdingbar, dass die Europäische Union der ukrainischen Regierung ein klares Signal gibt, dass solche gewaltigen Aufgaben nur dann erfolgreich sein werden, wenn die angemessene Einbeziehung der Sozialpartner von Anfang an gewährleistet ist. Das entspräche auch den Werten der EU und dem Acquis Communautaire. Dieser Plan muss dringend vom nationalen dreigliedrigen Rat erörtert werden, und wir hoffen, dass der Generaldirektor der IAO, Guy Ryder, der das Land Anfang August besuchen wird, von den nationalen Behörden Zusagen erhält. Wir würden es begrüßen, wenn die EU der Regierung in dieser Hinsicht deutliche Signale übermitteln würde.

Der Wiederaufbauprozess sollte auch eine umfassende Überarbeitung der Arbeitsgesetzgebung vorsehen, unter voller Beteiligung der repräsentativen Gewerkschaften und unter voller Einhaltung des nationalen sozialen Dialogs und der internationalen Verpflichtungen der Ukraine. Wir sind bereit, mit unserem Fachwissen zu diesem Prozess beizutragen.

Und schließlich möchten wir die finanzielle Unterstützung würdigen, die die Europäische Union der Regierung und den von den Kriegsfolgen Betroffenen gewährt hat. Dennoch bedauern wir erneut, dass der Ansatz der Regierung weit davon entfernt ist, fair und integrativ zu sein. Wie bereits erwähnt, haben die Gewerkschaften in der Ukraine Zehntausende von Flüchtlingen unterstützt und aufgenommen, Solidaritätshilfe für die Familien der Gefallenen und Unterstützung für verwundete Arbeitnehmer geleistet und Lieferkonvois für Hilfsgüter und Medikamente organisiert. Die internationale und die europäische Gewerkschaftsbewegung mobilisierten ein noch nie dagewesenes Volumen an Solidaritätshilfe, um die ukrainischen Gewerkschaften bei diesen Bemühungen zu unterstützen. Diese Unterstützung reicht jedoch nicht aus, um die enormen Bedürfnisse der arbeitenden Menschen in der Ukraine zu befriedigen.

Der Großteil der von den Gewerkschaften gesammelten Mittel musste für die Bezahlung von Strom, Heizung und anderen kommunalen Gebühren verwendet werden, die die staatlichen Monopole von den Gewerkschaftseinrichtungen verlangen. Diese Kosten werden zu

marktüblichen Preisen festgesetzt, die um ein Vielfaches höher sind als die Preise, die die Regierung für ihre eigenen Einrichtungen verlangt, die demselben Zweck dienen, nämlich der Unterbringung von Binnenvertriebenen. Dies ist unerklärlich, insbesondere angesichts der beträchtlichen Unterstützung der Regierung durch die Europäische Union, die für Energie- und Infrastrukturbedürfnisse bestimmt ist. Die Gewerkschaftseinrichtungen, die heute humanitären Zwecken dienen, müssen genauso behandelt werden wie staatliche Einrichtungen.

Darüber hinaus ist uns bekannt, dass die Regierung einen Teil der EU-Unterstützung an zivilgesellschaftliche Organisationen weitergeleitet hat, und wir unterstützen diese Bemühungen um eine Diversifizierung der Hilfslieferungen und der humanitären Hilfe. Wir sind der Meinung, dass die ukrainischen Gewerkschaften sehr gut in der Lage sind, dafür zu sorgen, dass die EU-Hilfe bei den Bedürftigen ankommt, da sie überall im Land präsent sind, Zugang zu den Arbeitnehmern und ihren Familien, Unternehmen und Gemeinden haben und in lebenswichtigen kommunalen, Gesundheits-, Verkehrs- und Bildungseinrichtungen tätig sind. Dies wäre sicherlich eine Ermutigung für Millionen von Gewerkschaftsmitgliedern, würde aber auch die europäischen Werte der Demokratie und der Integration weiter fördern. Die Gewerkschaften der benachbarten EU-Länder unterstützen die Flüchtlinge aus der Ukraine in ihren Ländern ebenfalls mit EU-Mitteln, und wir sind absolut zuversichtlich, dass die ukrainischen Gewerkschaften gut in der Lage sind, solche Hilfe in der Ukraine zu leisten.

Wir planen, das Land in der letzten Augustwoche zu besuchen und würden es begrüßen, die EU-Delegation zu treffen und die oben genannten Themen mit Ihnen und/oder Ihren Mitarbeitern vor unserer Reise zu besprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Luca Visentini

SharanBurrow

ETUC and PERC Generalsekretärin

ITUC Generalsekretär

Übersetzt mit [www.DeepL.com/Translator](http://www.DeepL.com/Translator) (kostenlose Version)